

Die EU-Wahlen sind erstmals von echter Bedeutung.

Die SP will die Wende

Hätten Sie gedacht, dass in der Schweiz 1,7 Millionen Menschen an den Wahlen des Europaparlaments teilnehmen können? Die SP will sie gewinnen.

Erstmals haben die Wahlen ins Europaparlament vom 22. Bis zum 25. Mai eine echte Bedeutung. Denn die 751 Abgeordneten, die in den 28 Mitgliedstaaten zur Wahl stehen, werden deutlich mehr Kompetenzen haben als ihre Vorgängerinnen und Vorgänger. Die EU-Kommission in Brüssel braucht künftig die Zustimmung des Parlaments zum Budget der Union. Ebenso zu allen Richtlinien und Verordnungen. So steht es im Lissaboner Grundlagenvertrag der EU von 2009. Sogar die Besetzung der Kommission, also der EU-Regierung, muss das Parlament gutheissen: Der Nachfolger oder die Nachfolgerin des Portugiesen José Manuel Barroso als Kommissionspräsident oder -präsidentin sollte nach dem Geist des Grundlagenvertrages von einer Mehrheit des Parlaments gewählt werden. Das bringt ein Stück mehr Demokratie in die EU. Die Union als Projekt für ein friedliches Europa nach dem katastrophal kriegerischen 20. Jahrhundert wird damit an Statur gewinnen.

Falsche EU-Politik.

Vertrackt ist nur: Zur Ausübung dieser grösseren Kompetenzen werden die rund 400 Millionen Wahlberechtigten Europas wahrscheinlich viele Abgeordnete nach Strassburg schicken, die nichts mehr von EU wissen wollen und die Rückkehr zum reinen Nationalstaat predigen. Denn im Gegensatz zu den früheren sieben Europawahlen stehen diesmal grosse europäische Fragen im Vordergrund. Und da hat sich in den letzten fünf Jahren viel Sprengstoff angesammelt. Die Stichworte: Schuldenkrise, Sparpolitik und Privatisierung, soziale Demontage, Regulierungswut und der Euro.

Schuld am Malaise, sagen die Rechten, ist Europa. Falsch, sagen die Sozialdemokraten, nicht das Vereinte Europa ist das Problem, sondern die falsche neoliberale Politik der Kommission. Die SP ist eine der vier grossen Fraktionen des EU-Parlaments. Im Gegensatz zu den Christlich-Konservativen, den Liberalen und den Grünen steht sie bereits im Wahlkampf. Mit Martin Schulz, dem derzeitigen Parlamentspräsidenten als gesamteuropäischem Spitzenkandidaten. Schulz, ein Mann der klaren Sprache, möchte EU-Kommissionspräsident werden. Er will endlich ein „soziales Europa“ schaffen. Kernpunkt ist ein gewaltiges Investitionsprogramm, das Millionen sichere, vernünftig bezahlte Jobs kreieren soll. Und die Schere zwischen armen und reichen Mitgliedstaaten schliesst. Dieses Programm entspricht in seinen Zielen sehr weitgehend dem Wahlauftrag des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

An der Debatte um dieses Programm und an der Auswahl des Spitzenkandidaten hat sich auch die SP der Schweiz beteiligt. Denn erstens spürt auch die Schweiz die Folgen der Kaputtspartpolitik der EU. Und zweitens können sich 1,7 Millionen Menschen aus der Schweiz an den Wahlen beteiligen: Schweizerisch-europäische Doppelbürgerinnen und -bürger und die Inländer aus dem EU-Raum.

Streitpunkte lösen.

Eine grundsätzlich andere, sozialere und demokratischere Politik der EU könnte einige der Streitpunkte zwischen Bern und Brüssel lösen. Vielleicht auch die Ängste vor einem Verlust der nationalen Eigenständigkeit abbauen.

Deshalb plant die SP, zusammen mit den Schweizer Sektionen ihrer Schwesterparteien, aktiv um die Stimmen der 1,7 Millionen Stimmberechtigten zu werben. Der erste Schritt besteht darin, diesen Stimmberechtigten zu zeigen, wie sie sich auf die Wahllisten eintragen können. In nächster Zeit sollen deshalb Websites in sechs Sprachen aufgeschaltet werden (www.europawahlen2014.ch). Es sollen Mobilisierungsflyer verteilt und am 5. April in Bern ein Wahlfest organisiert werden.

Auch die Gewerkschaft Unia ruft ihre rund 100'000 stimmberechtigten Mitglieder dazu auf, an den Wahlen teilzunehmen und damit zu einem Wechsel der EU-Politik beizutragen.

Michael Stötzel.

Work, 7.2.2014.

Work > EU. Wahlen. SP Schweiz. Work. 2014-02-07